MONATSSPIEGEL

Die Zeitung der Erlanger SPD

Ausgabe November 2026

DER UNWÜRDIGE UMGANG DER KONSERVATIVEN UND DER MAINSTREAMPRESSE MIT BÄRBEL BAS

VON MUNIB AGHA

Völlig überraschend hat Bärbel Bas am 12. Oktober ihren Rücktritt als Arbeitsministerin und Parteivorsitzende erklärt. Sie begründete ihn mit dem Tod ihrer Stieftochter, aber auch mit den öffentlichen Angriffen auf ihre Person, die aus der Union kamen. Der Führungskreis der Union wusste davon, doch niemand schritt gegen die Attacken ein. Schon im Juli forderten einzelne Unionsabgeordnete ihren Rücktritt, weil die von der Union gewünschten Sozialkürzungen ihnen nicht schnell genug umgesetzt wurden. Im Laufe des Herbstes verschärften sich die Angriffe. Unter vorgehaltener Hand zog sogar der Bundeskanzler über die Arbeitsministerin her, während sie sich um ihre todkranke Tochter kümmerte.

In diesen Tagen und Wochen hat die Union ihre moralische Verkommenheit offenbart. Nichts daran ist christlich, nichts daran ist sozial. Viele Unionspolitiker:innen scheinen sich für nichts mehr zu schade zu sein, wenn sie sich davon einen politischen Vorteil erhoffen.

Munib Agha,
Vorsitzender der SPD Erlangen
Foto: Jovana Jocic & Rebecca Prell

Doch auch der Umgang der Medien mit Bas lässt tief blicken. „Trotzgöre“ (BILD), „fortgeschrittene Begriffsverwirrung“ (Spiegel), „Sozialstaats-Stalinistin“ (Focus): So lauteten die Überschriften über ihre Rede auf dem Arbeitgebertag. Dabei hatte Bas nichts Falsches behauptet. Sie verteidigte das Bundestariftreuegesetz und forderte, dass Sozialreformen nicht zulasten der Beschäftigten gehen dürfen. Dafür wurde sie von den anwesenden Manager:innen und Industriemagnaten ausgelacht und von der Presse gescholten. Offenbar erwartet der Mainstream von einer sozialdemokratischen Arbeitsministerin, dass sie den Bossen die Stiefel leckt.

Erwähnen muss man auch die bewusst verkürzte Wiedergabe eines Bas-Zitats zur Migration durch die Tagesschau. Den Beitrag garnierte

>> Seite 3

TERMINE

07.11. 19:00	Fraktionssitzung der SPD-Stadtratsfraktion	Rathaus, Konferenzraum 14. OG	S. 9
10.11. 19:30	Juso-Sitzung	August-Bebel-Haus Friedrich-List-Str. 5	S. 26
11.11. 15:00	Treffen der AG 60+	Thalermühle, Thalermühle 1	S. 26
16.11. 20:00	Fraktionssitzung der SPD-Stadtratsfraktion	Rathaus, Konferenzraum 14. OG	S. 9
17.11. 19:30	Treffen des AK Wirtschaftspolitik	August-Bebel-Haus, Friedrich-List-Straße 5	S. 27
18.11. 19:00	Distrikt Ost: Distriktssitzung	Brückenpaulus (Pizzeria Romano), Schronfeld 74	S. 25
18.11. 19:30	Distrikt Tennenlohe: Distriktssitzung	Gaststätte „Zum Schloss“, Schlossgasse 7	S. 24
18.11. 20:00	Distrikt West: Distriktssitzung	Gasthof „Zur Einkehr“ (Güthlein), Dorfstr. 14	S. 25
18.11. 20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktssitzung	Thalermühle, Thalermühle 1	S. 26
19.11. 18:30	Treffen der SPD Marloffstein	Marloffsteiner Rathaus, Am Alten Brunnen 2, Marloffstein	S. 27
19.11 20:00	Kreismitgliederversammlung SPD Erlangen	Evangelisches Familienzentrum, Bismarckstraße 19	S. 8
23.11. 20:00	Fraktionssitzung der SPD-Stadtratsfraktion	Rathaus, Konferenzraum 14. OG	S. 9
24.11.	Redaktionsschluss Monatsspiegel		S. 4
24.11. 19:30	Juso-Sitzung	August-Bebel-Haus Friedrich-List-Str. 5	S. 26
24.11. 20:00	Distrikt Eltersdorf: Distriktssitzung	Sportgaststätte „Bei Lambi“, Langenaustr. 17	S. 24
30.11. 19:00	Fraktionssitzung der SPD-Stadtratsfraktion	Rathaus, Konferenzraum 14. OG	S. 9
01.12. 19:30	Treffen des AK Wirtschaftspolitik	August-Bebel-Haus, Friedrich-List-Straße 5	S. 27
07.12. 19:00	Fraktionssitzung der SPD-Stadtratsfraktion	Rathaus, Konferenzraum 14. OG	S. 9

sie noch mit Zitaten von rechtsradikalen Medien wie Nius.

Umso bedauerlicher ist es, dass auch aus den eigenen Reihen Kritik kam. Lars Klingbeil distanzierte sich von Bas' Auftritt, und einige Oberbürgermeister (hier muss nicht gegendert werden) kritisierten sie öffentlich.

In fast jedem Artikel über die Krise der SPD findet sich die Behauptung, die Partei erreiche die Menschen wegen ihrer vermeintlichen Überakademisierung nicht mehr. Nach der katastrophalen Niederlage machte die SPD mit Bärbel Bas eine Arbeiterin zu einer ihrer beiden Vorsitzenden. Kaum war sie im Amt, machten sich dieselben Journalist:innen, die eine angebliche Überakademisierung beklagen, über ihr Klassenbewusstsein lustig. Eine Arbeiterin als Parteivorsitzende? Super! Aber wehe, sie wagt es, auch noch die Interessen der lohnabhängig Beschäftigten zu vertreten. Dann ist Schluss mit lustig.

Hier scheint sich die Geschichte zu wiederholen. Das gilt nicht nur für den Umgang mit der Paketzustellerin Saskia Esken, sondern vor allem auch für den mit Kurt Beck vor 20 Jahren. Die Attacken auf ihn begannen, als er es wagte, Teile der Agenda 2010 zu kritisieren. Er fand es ungerecht, dass Menschen, die nach jahrzehntelanger Beschäftigung arbeitslos wurden, nun keinen längeren Anspruch auf ALG I mehr hatten. Von da an rückte man die vermeintliche Provinzialität und Stümperhaftigkeit des Elektrotechnikers Beck in den Vordergrund. Es war derselbe Kurt Beck, der im konservativen Stammland Rheinland-Pfalz für die SPD die absolute Mehrheit geholt hatte.

Mitte Januar wählen wir nun eine neue Parteispitze. Stand heute deutet sich an, dass Manuela Schwesig gemeinsam mit dem ehemaligen Arbeitsminister Hubertus Heil die Parteispitze übernehmen will. Offizielle Kandidaturen gibt es aber noch nicht.

Manuela Schwesig scheint jedenfalls die Erste seit Langem zu sein, die den richtigen Umgang mit dem Bundeskanzler gefunden hat. Medienberichten zufolge trafen sich wenige Tage nach der Wahl in Mecklenburg-Vorpommern die Ministerpräsident:innen im Bundeskanzleramt. Statt Schwesig zur gewonnenen Wahl zu gratulieren, war Merz mal wieder beleidigt. Er warf ihr vor, mit ihrem Wahlkampf als „Frau gegen Blau" auf dem Rücken der CDU agiert zu haben, und machte sie dafür verantwortlich, dass seine Partei zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik aus einem Landesparlament geflogen sei. Schwesig tat das einzig Richtige. Sie nannte seine Vorwürfe unverschämt, sagte ihm, er solle einen Termin bei ihr ausmachen, wenn er ihr etwas zu sagen habe, drehte sich um und ließ ihn stehen. So und nicht anders muss man mit der Merz-CDU umgehen.

Uns muss aber klar sein: Eine neue Parteispitze allein wird die SPD nicht aus dem Umfragetief befreien. Auf dem Parteitag muss die SPD eine Linie finden, mit der sie in der Koalition mehr bietet als das Argument „Ohne uns wäre die Reform noch schlimmer ausgefallen". Vor allem das Willy-Brandt-Haus muss wieder eine sozialdemokratische Erzählung entwickeln. Partei im Sinne von Partei ergreifen für die Mehrheit in diesem Land, die unter steigenden Preisen und fallenden Reallöhnen leidet. Ich bin überzeugt, dass uns das gelingen kann. Die SPD steht vielleicht besser da, als es heute den Anschein hat.

Bärbel Bas war zuletzt im Januar 2026 zu Gast in Erlangen.
Foto: Günter Laurer

WIR GRATULIEREN* ZUM GEBURTSTAG & WÜNSCHEN EUCH FÜR EUER NÄCHSTES LEBENSJAHR ALLES GUTE!

*Den Mitgliedern unserer Partei gratulieren wir zum 50., 60. & 65. Geburtstag sowie ab dem 70. Lebensjahr im Monatsspiegel

02.11. Angelika Veelken
71 Jahre

02.11. Gerd Worm
65 Jahre

03.11. Hans Jürgen Schäfer
81 Jahre

03.11. Gerhard Carl
78 Jahre

04.11. Herbert Hummich
89 Jahre

04.11. Franz Höfer
76 Jahre

08.11. Rosemarie Pfister
93 Jahre

08.11. Christine Bauer
74 Jahre

11.11. Anne Reeh
79 Jahre

13.11. Wolfgang Peter
76 Jahre

19.11. Anton Neubauer
87 Jahre

20.11. Klaus Speicher
79 Jahre

22.11. Kai Sengpiel
65 Jahre

23.11. Axel Graemer
76 Jahre

25.11. Dagmar Paliwal
84 Jahre

27.11. Friedrich Schrenk
85 Jahre

28.11. Erich-Herbert Mondon
87 Jahre

28.11. Barbara Thaler
78 Jahre

29.11. Herdith-Grete Coerlin
76 Jahre

REDAKTIONSSCHLUSS

für den nächsten
Monatsspiegel
Dezember 2026/
Januar 2027

24. November 2026

HAUSHALTSKRISE IN ERLANGEN: KONSOLIDIEREN JA – KAHLSCHLAG NEIN

VON MUNIB AGHA

Erlangen muss sparen – aber nicht um jeden Preis. Bei unserer Mitgliederversammlung zum kommunalen Haushalt habe ich dargelegt, wie die Stadt in die Krise geraten ist, warum die Streichliste der Stadtspitze sozial unausgewogen ist und welchen Weg wir als SPD-Fraktion vorschlagen.

Für alle, die nicht dabei sein konnten, fasse ich hier die wichtigsten Punkte zusammen, vom Bund über den Freistaat bis nach Erlangen.

KOMMUNEN: VIELE AUFGABEN, WENIG GELD

Kommunen tragen rund ein Viertel der gesamtstaatlichen Aufgaben, erhalten aber nur etwa ein Siebtel der Steuereinnahmen, so rechnet es der Deutsche Städtetag vor. Bund und Land beschließen sinnvolle Leistungen etwa in der Jugendhilfe oder im Sozialbereich, die Städte müssen sie umsetzen, bekommen die Kosten aber nur teilweise erstattet.
In Bayern kommt hinzu: Die Zuweisungen pro Einwohner sind hier bundesweit am niedrigsten. Lange fiel das nicht auf, weil die Gewerbesteuer in Bayern besser lief als anderswo. Doch die Gewerbesteuer hängt am Gewinn der Unternehmen und damit an der Konjunktur. Bricht die Wirtschaft ein, brechen auch die Einnahmen der Städte ein.

DIE GUTEN JAHRE: INVESTIERT UND SCHULDEN ABGEBAUT

Trotz Siemens war Erlangen nie eine besonders reiche Stadt. Die Gewerbesteuer lag lange bei 60 bis 74 Millionen Euro im Jahr, Spielraum für Investitionen gab es kaum. Ab 2018 stiegen die Einnahmen sprunghaft, kurz nachdem Siemens Healthineers Ende 2017 gegründet worden war.

Munib Agha,
Vorsitzender der SPD Erlangen
Foto: Jovana Jocic & Rebecca Prell

Die Stadt hat das Geld genutzt. Allein der Berufsschulkomplex kostete rund 100 Millionen Euro; keine andere Kommune in Bayern hat so viel in berufliche Bildung gesteckt. Der größte Teil der Investitionen von 2020 bis 2025 floss in Schulen, Kitas, Kinder- und Jugendeinrichtungen, dazu in Straßen, Brücken, Stadtteilhäuser, Sporthallen, Klimaschutz und die Feuerwehr. Mehr wäre nur am fehlenden Personal gescheitert.
Gleichzeitig hat Erlangen Schulden abgebaut: vom Höchststand von 155 Millionen Euro im Jahr 2016 auf weniger als die Hälfte bis 2023. Ende 2023 lagen zudem rund 124 Millionen Euro an liquiden Mitteln auf der hohen Kante.

DER SCHOCK VON 2024

Im Sommer 2024 erfuhr die Stadt, dass sie Gewerbesteuer zurückzahlen muss. Erst war von 50 Millionen Euro die Rede, im September summierten sich alle Rückzahlungen auf rund 173 Millionen Euro. Ein Vorgang ohne Beispiel. Als der Haushalt beschlossen wurde, wusste davon niemand, auch die Kämmerei nicht.
Die Rücklagen reichten dafür nicht aus. Erlangen musste Kassenkredite aufnehmen, um laufende Investitionen zu bezahlen. Eigentlich hätte die Regierung von Mittelfranken diese als Investitionskredite anerkennen können. Das hat sie nicht getan. Genau diese Kassenkredite sind heute ihr Hauptargument für immer neue Sparvorgaben.
Ein niedrigerer Hebesatz hätte nicht geholfen. Nach Medienberichten liegen die Gewinne inzwischen in Röttenbach, das seinen Hebesatz stark gesenkt hat. Hätte Erlangen den Hebesatz von 440 auf 350 Punkte gesenkt, hätte die Stadt seit 2019 je nach Rechnung zwischen 146 und 174 Millionen Euro verloren. Außerdem lag der Hebesatz unter OB Balleis bei 390 Punkten, ohne dass die Gewerbesteuer besser lief. CSU und FDP haben ihn damals selbst auf 410 und 2013 auf die heutigen 440 Punkte angehoben.

Auch der oft gezogene Vergleich der Personalkosten mit Fürth hinkt. Erlangen betreibt als Optionskommune sein Jobcenter selbst (93 Stellen, refinanziert), hat deutlich mehr städtische Kitas, die Volkshochschule als städtisches Amt (in Fürth eine gGmbH), ein gut ausgestattetes Bürgeramt und eine starke Präventionskette im Jugendamt. Fürth bekommt außerdem seit 2011 Bedarfszuweisungen vom Freistaat, in diesem Jahr 7 Millionen Euro.

GESPART WIRD SCHON LÄNGST

Seit 2024 konsolidiert Erlangen: Haushaltssperre, eine sechsmonatige Wiederbesetzungssperre für frei werdende Stellen und eine höhere Grundsteuer (590 Punkte, rund 1,1 Millionen Euro). Der Haushalt 2025 brachte weitere 12,8 Millionen Euro Einsparungen, das Konsolidierungskonzept vom April 2025 insgesamt 57,6 Millionen Euro bis 2028.

Damit ist der dauerhafte Ausfall bei der Gewerbesteuer, vorsichtig gerechnet rund 65 Millionen Euro im Jahr, im Wesentlichen aufgefangen, zusammen mit den Schlüsselzuweisungen aus dem kommunalen

Finanzausgleich. Der Haushalt 2026 erfüllt alle Mindestkriterien für eine Genehmigung. Das Problem ist der Bestand an Kassenkrediten aus der Rückzahlung. Hinzu kam, dass Erlangen 2025 keine Schlüsselzuweisungen erhielt, weil diese sich nach den hohen Einnahmen von 2023 richten.

Die Regierung von Mittelfranken verlangt nun, die Kassenkredite innerhalb von etwa vier Jahren abzubauen. Dafür fordert sie zusätzliche Kürzungen von 5 Millionen Euro in diesem Jahr, 11 Millionen 2027, 19 Millionen 2028 und 29 Millionen 2029, zusammen 64 Millionen Euro. Wie diese Summen hergeleitet werden, bleibt offen: Fragen der Stadträtinnen und Stadträte werden nicht beantwortet.

EINE STREICHLISTE MIT SOZIALER SCHIEFLAGE

Um die Vorgabe zu erfüllen, hat die Stadtspitze im September eine Liste mit rund 170 Einzelpunkten und einem Volumen von etwa 8,5 Millionen Euro vorgelegt. Würde sie komplett umgesetzt, hieße das unter anderem:

- Schließung der Fachschule für Technik
- Grundsteuer hoch auf 660 Punkte
- Schließung einer Kita (welche, ist noch offen)
- Abschaffung der Fahrbibliothek
- Aus für den Erlangen-Pass

Mehr als die Hälfte der Kürzungen trifft Kultur, Jugend und Soziales, in jedem Jahr der Liste. Für uns ist das eine klare soziale Schieflage. Manches auf der Liste ist außerdem gar keine Einsparung: Eine Grundsteuererhöhung ist eine Mehreinnahme. Wie schnell und intransparent die Liste entstanden ist, zeigt die Fachschule für Technik. Die erhofften 1,6 Millionen Euro würden gar nicht eingespart, weil das Personal weiter bezahlt werden müsste und zugleich die Zuschüsse des Freistaats wegfielen. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die 8,5 Millionen Euro nicht annähernd erreicht werden.

DER WEG DER SPD: KONSOLIDIEREN MIT AUGENMAß

Auch wir wollen sparen, aber ohne Kahlschlag. Kern unseres Konzepts: Die Kassenkredite werden über 15 Jahre statt über vier Jahre abgebaut. Investitionskredite laufen meist deutlich länger. Nimmt die Stadt mehr ein als geplant, fließt das zusätzlich in die Tilgung. Wie die Stadt Nürnberg gehen wir außerdem davon aus, dass die Beteiligung der Kommunen an der Umsatzsteuer über 2029 hinaus verlängert wird.

Unsere Vorschläge setzen vor allem auf Maßnahmen, die sich rechnen:

- Digitalisierung beschleunigen: drei zusätzliche Stellen im Amt für Digitalisierung, um bereits identifizierte Abläufe effizienter zu machen. Digitale Anträge bei Grundsicherung und Wohngeld sparen allein Porto. Ein anderer Landkreis spart so 40.000 Euro im Jahr.
- Energie sparen. Beispiel: LED-Beleuchtung im Palais Stutterheim kostet 40.000 Euro, hat sich nach 17 Monaten amortisiert und spart danach jährlich 30.000 Euro Strom.
- Projektgesellschaft für den neuen Stadtteil auf dem Großparkplatz, nach dem Vorbild des Röthelheimparks und nach Einschätzung des Planungsreferats günstiger für die Stadt.
- Zweitwohnungssteuer erhöhen (rund 500.000 Euro), mit dem Ziel, dass sich mehr Menschen mit Hauptwohnsitz in Erlangen anmelden.
- Erlangen-Pass erhalten, dafür VHS-Entgelte moderat anheben (rund 100.000 Euro).
- Die Stadtspitze geht voran: Wer bei der Dienstaufwandsentschädigung über dem Minimum liegt, verzichtet freiwillig auf den Rest.

Pflichtaufgaben müssen trotzdem finanziert werden. Dazu gehören die Hauptfeuerwache und das marode Feuerwehrgerätehaus in Eltersdorf. Wichtig sind uns außerdem Hitzeschutzmaßnahmen und die Stadtteilschule in Büchenbach Nord. Die Zinsen für die nötigen Investitionskredite sind in unserer Rechnung bereits enthalten.

AUS DER KRISE KANN MAN SICH NICHT HERAUSSPAREN

Erlangen ist kein Einzelfall. Die deutsche Wirtschaft stagniert seit Jahren, die Kämmerei rechnet mit jährlich rund 10 Millionen Euro weniger Gewerbesteuer. Ohne diesen Konjunktureffekt hätte die Stadt in jedem Planjahr ein komfortables Plus. Bayerns Kommunen machten schon 2025 ein Defizit von 4,7 Milliarden Euro. Sieben der 25 kreisfreien Städte haben keinen genehmigten Haushalt, dazu sechs Landkreise. Nürnberg musste eine Haushaltssperre

Munib Agha erklärt den Vorschlag der SPD-Fraktion für die Haushaltskonsolidierung. Foto: Privat

verhängen, in Augsburg explodieren die Kosten der Jugendhilfe.

Deshalb braucht es Hilfe von oben. Der Deutsche Städtetag fordert 30 Milliarden Euro Soforthilfe und einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer. Die SGK will die Sozialkosten zu je einem Drittel auf Bund, Land und Kommunen verteilen. Die SPD-Landtagsfraktion fordert höhere Schlüsselzuweisungen und einen größeren Kommunalanteil am Steuerverbund.

Aus der Diskussion: Viele Wortmeldungen kritisierten die Regierung von Mittelfranken. Sie lege die Haushaltsverordnung offenbar strenger aus als andere Bezirksregierungen und verweigere jede Erklärung. Absurd wird es bei Förderprogrammen: Selbst bei 70 oder 90 Prozent Förderung, etwa für Schulsanierungen aus dem Startchancen-Programm, scheitern Projekte am Eigenanteil. Und die Sorge wächst bei allen, die in Stadtteilarbeit, Seniorenquartiersarbeit oder Kitas gerade nicht wissen, was auf sie zukommt.

Menschen erleben den Staat vor Ort, im Bürgeramt, in der Kita, beim Bücherbus. Wenn dort Leistungen wegbrechen, wenden sie sich von der Politik ab, und davon profitieren am Ende nur die Rechtspopulisten. Wir wollen deshalb auch in der Opposition konstruktiv mitarbeiten, damit Erlangen eine Stadt bleibt, die für ihre Menschen da ist.

RATHAUSTELEGRAMM DER SPD-STADTRATSFRAKTION ERLANGEN

*SPD: EINFÜHRUNG DER BERGKÖNIG*IN KRITISCH BEGLEITEN*

Bereits im Frühling sorgte die Einführung einer „Bergkönig*in“ für Diskussionen.

Nun hat auf Antrag der SPD die Verwaltung im zuständigen Ausschuss über die Hintergründe und das Verfahren zur Einführung einer „Bergkönig*in“ berichtet, die bei der diesjährigen Bergkirchweih erstmals gewählt wurde. Aus Sicht der SPD wurden bei der ursprünglichen Konzeption wichtige Aspekte, insbesondere zum Schutz vor Diskriminierung und digitaler Gewalt, zunächst nicht ausreichend berücksichtigt.

SPD-Sprecherin für Gleichstellung, Barbara Pfister, erklärt: „Erst durch die kompetente Beratung der Gleichstellungsstelle, die bei diesem sensiblen Thema auf eigene Initiative einbezogen wurde, konnten wesentliche Schwachstellen des ursprünglichen Konzepts behoben werden. So wurde beispielsweise aus der zunächst vorgesehenen öffentlichen Abstimmung ein Online-Voting. Zudem wurden die Bewerber*innen für mögliche Hasskommentare und andere Formen digitaler Gewalt in den sozialen Medien sensibilisiert und entsprechend beraten.“

Für das kommende Jahr sieht die SPD weiteren Verbesserungsbedarf. Insbesondere das Verfahren des Online-Votings müsse weiterentwickelt werden, damit ein transparentes und diskriminierungsfreies Verfahren gewährleistet werden könne. Grundsätzlich bleibt die SPD der Einführung einer „Bergkönig*in“ gegenüber skeptisch. „Ähnliche Wahlen sind häufig mit überholten Geschlechterrollen und einer starken Fokussierung auf Äußerlichkeiten verbunden. Das steht aus unserer Sicht im Widerspruch zu den gleichstellungspolitischen Zielen, zu denen sich die Stadt Erlangen verpflichtet hat“, so Pfister.

Die SPD werde die weitere Entwicklung deshalb kritisch begleiten. „Entscheidend ist für uns, dass bei der Gestaltung der Bergkirchweih Tradition nicht auf Kosten von Gleichstellung und Schutz vor Diskriminierung geht“, betont Pfister.

SPD WILL DIGITALEN ÖPNV – MIT LÖSUNGEN FÜR MENSCHEN OHNE SMARTPHONE

Bereits in der vorletzten Ausgabe des Rathaustelegramms haben wir berichtet, dass im VGN Veränderungen anstehen: Der VGN will seinen Ticketvertrieb vollständig digitalisieren.

Die SPD-Fraktion unterstützt diesen Weg grundsätzlich: Digitale Tickets sind für viele Fahrgäste einfacher, zeitgemäßer und komfortabler – zugleich können dadurch erhebliche Kosten eingespart werden. Gleichzeitig muss es unkomplizierte Lösungen für Menschen ohne Smartphone oder VGN-App geben. Dazu gehören insbesondere ältere Menschen und Grundschulkinder, aber auch Tourist*innen.

Bereits im Sommer hat die SPD-Fraktion dazu eine Anfrage im Stadtrat gestellt. Inzwischen hat der VGN zugesagt, für diese Gruppen entsprechende Lösungen zu entwickeln.

„Wir sehen die Chancen der Digitalisierung ausdrücklich“, erklärt der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Andreas Richter. „Aber der Zugang zum ÖPNV muss auch dann einfach bleiben, wenn jemand kein Smartphone nutzt oder als Besucher*in aus einer anderen Region nicht über die VGN-App verfügt.“

Wichtig ist für die SPD-Fraktion zudem, dass die konkrete Umsetzung in Erlangen nicht allein auf Verwaltungsebene entschieden wird. Im Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss wurde auf Nachfrage der SPD von der Verwaltung bestätigt, dass eine endgültige Entscheidung durch den Stadtrat erfolgen muss.

„Das ist uns sehr wichtig. Nur so haben wir die Möglichkeit, die Interessen auch dieser Gruppen zu wahren“, betont Richter. „Die SPD-Fraktion wird die weitere Entwicklung konstruktiv begleiten. Unser Ziel ist ein digitaler, einfacher und effizienter ÖPNV – der gleichzeitig für alle zugänglich bleibt.“

Unser Tipp zudem für Gelegenheitsnutzer*innen des ÖPNVs: Den Rabatt der Streifenkarten bzw. des 4-Fahrten-Ticket, die nun ab 2027 abgeschafft werden, gibt es ebenso bei Einzeltickets, die online gekauft werden. Gegenüber den 10-er-Streifenkarten ist der Rabatt bei Online-Einzeltickets sogar noch höher.

SOPHIA WALDMANN GEHÖRT SEIT DER KOMMUNALWAHL IM MÄRZ 2026 DER SPD-FRAKTION AN. HIER STELLT SIE SICH VOR:

Meine politische Motivation ziehe ich bis heute aus vielen Jahren in der ehrenamtlichen Jugendarbeit. Dort habe ich erlebt, wie sehr ein gutes Leben für alle (in dem Fall konkret: selbstbestimmte Freizeit und schöne Ferien für Kinder) von politischen Entscheidungen abhängt: Ob junge Menschen neben den Anforderungen in Schule, Ausbildung, Studium und Nebenjob noch Zeit für Ehrenämter haben, die sie gerne machen wollen. Dass zu niedrige Löhne und fehlende soziale Absicherung Familien belasten und arm machen. Dass die Probleme, die Kinder aus einem ungerechten Schulsystem belasten, manchmal einfach zu groß für reine Ehrenamtliche sind. Dort habe ich aber auch gelernt, was man gemeinsam mit anderen auf die Beine stellen kann. Deshalb habe ich bei den Jusos und in der Erlanger SPD Leute gesucht, mit denen man vor Ort für ein gutes Leben, eine solidarische Stadt und soziale Politik kämpfen kann – und habe sie gefunden.
In der Stadtratsfraktion bin ich Sprecherin für Jugend, Familie und Soziales. Außerdem darf ich im Fraktionsvorstand mit dafür verantwortlich sein, wie wir in der Fraktion zusammenarbeiten und nach außen kommunizieren.

Meine eigenen politischen Ziele für die Stadtratsarbeit ergeben sich aus dem, was wir bei den Jusos als wichtige Themen für die nächsten Jahre erarbeitet haben:

- Die vielfältige Jugendarbeit in der Stadt weiter zu fördern und dabei zu unterstützen, dass sie noch inklusiver wird,
- in der Stadt mehr Räume zu schaffen, in denen junge Menschen gemeinschaftlich und selbstbestimmt ihre Freizeit verbringen können,
- angemessene professionelle Unterstützung für Kinder und Jugendliche sicherzustellen, wann immer sie diese brauchen – sei es in der Schule, bei psychischen Erkrankungen, bei der Arbeits- oder Wohnungssuche,
- und bezahlbaren, guten Wohnraum für junge Menschen in Erlangen zu schaffen, vor allem auch für Auszubildende.

Was man sonst noch über mich wissen wollen könnte: Ich bin im Erlanger Westen aufgewachsen und wohne inzwischen in der Innenstadt. Ich habe Sozialwissenschaften und Statistik studiert und arbeite in Nürnberg in der Arbeitsmarktforschung. Wenn ich nicht politisch unterwegs bin, verbringe ich meine Zeit gerne mit Radfahren, Bergsport, Kochen und Lesen – manchmal sehr gerne alleine, am liebsten aber mit Familie und Freund*innen.

EINLADUNG ZUR KREISMITGLIEDERVERSAMMLUNG

Liebe Genossinnen und Genossen,

Wir laden Euch herzlich ein zu unserer Kreismitgliederversammlung

am Donnerstag, 19. November 2026 um 20:00 Uhr, Evangelisches Familienzentrum, Bismarckstraße 19, 91054 Erlangen.

Im Mittelpunkt steht die Enzyklika „Magnifica Humanitas“ von Papst Leo XIV. zur Künstlichen Intelligenz. Wir diskutieren, was sie sagt, und fragen uns, welche sozialdemokratische Perspektive sich daraus für Arbeit, Teilhabe und Gerechtigkeit im digitalen Zeitalter ergibt.

Wir freuen uns auf euer Kommen!

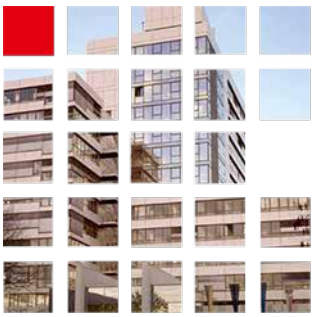
Solidarische Grüße
Sandra Radue Munib Agha

FRAKTIONSSITZUNGEN DER SPD-STADTRATSFRAKTION

VON KATJA RABOLD-KNITTER

Liebe Genoss:innen,

zu dem Ehrenamt als Stadtrat gehört auch die Teilnahme an den wöchentlichen Fraktionssitzungen. In diesen besprechen wir Antragsideen, beratschlagen über anstehende Ausschüsse und berichten von Gesprächen mit Bürger:innen, Vereinen, Unternehmen, etc. Diese Sitzungen sind parteiöffentlich (mit Ausnahmen, wie z.B. Personalangelegenheiten der Stadt). Wir laden euch herzlich dazu ein, an diesen teilzunehmen. So könnt ihr einen Einblick gewinnen, wie wir als Fraktion arbeiten, welche Themen aktuell sind oder z.B. vorbereitet werden.



SPD-Fraktion im Erlanger Stadtrat

Nachstehend die Termine:
07.11. 19:00 Konferenzraum im 14. OG
16.11. 20:00 Konferenzraum im 14. OG
23.11. 19:00 Konferenzraum im 14. OG
30.11. 19:00 Konferenzraum im 14. OG
07.12. 19:00 Konferenzraum im 14. OG

Bitte meldet euch vorab bei Katja Rabold-Knitter im Fraktionsbüro (spd.fraktion@stadt.erlangen.de/ 09131/862225), wenn ihr an einer Sitzung teilnehmen möchtet.

Bitte gebt dabei gleich an, wenn ihr ein Thema habt, dass ihr gerne besprechen möchtet. Dann kann dies in der Tagesordnung berücksichtigt werden.

KONTAKT

SPD-Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzende:
Munib Agha & Sandra Radue

Geschäftsführer:
Dr. Clemens Heydenreich
Friedrich-List-Str. 5
91054 Erlangen

Telefon: 09131 4006674
Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: spd-erlangen.de

Bankverbindung:
Sparkasse Erlangen
IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:
Mo 13:00 - 15:30 Uhr
Di 9:00 - 12:00 Uhr
Mi geschlossen
Do 10:00 - 13:00 Uhr
Fr geschlossen

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Vorsitzender:
Dr. Philipp Dees

Geschäftsführerin:
Katja Rabold-Knitter
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Telefon: 09131 86-2225

Mail:
spd.fraktion@stadt.erlangen.de

Telefonische Erreichbarkeit:
Mo 11:00 - 13:00 Uhr
Di 11:00 - 13:00 Uhr
Do 11:00 - 13:00 Uhr

Sprechzeiten nach Vereinbarung

Bitte beachten: Das Büro ist innerhalb des Rathauses umgezogen. Es befindet sich weiterhin im 1. OG, nun aber im Zimmer 133.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Kreisverband Erlangen,
Friedrich-List-Str. 5
91054 Erlangen
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit:
Christian Stiegler (cs, presserechtlicher Verantwortlicher, Anschrift wie oben),
Sandra Radue (sr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe:
Munib Agha, Gerhard Carl, Sophiè Eidt, Monika Fath-Kelling, Gabriela Heinrich, Clemens Heydenreich, Katrin Hurle, Ralf Jähnert, Lisa Kaufmann, Felix Klingert, Katja Rabold-Knitter, Sandra Radue, Felix Schmeißer, Harry Schreyer, Christian Stiegler, Felizitas Traub-Eichhorn

Druck:
Onlineprinters GmbH, Fürth

Auflage:
500 Stück

20. Oktober 2026

Pressemitteilung
Konsolidierung statt Kahlschlag: SPD legt Konzept für genehmigungsfähigen Haushalt vor

„Konsolidierung statt Kahlschlag“ – unter diesem Motto legt die SPD-Stadtratsfraktion ihr Haushaltskonzept 2027 vor. „Wir haben uns in den letzten Wochen intensiv mit den Haushaltszahlen 2027 befasst und eigene Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung entwickelt“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Philipp Dees: „Daraus entstanden ist ein Konzept, mit dem der Haushalt 2027 nach unserer Einschätzung zumindest unter Auflagen genehmigungsfähig ist. Und dies ohne den massiven Kahlschlag, den die schwarz-grüne Stadtspitze gerade in der Sozialpolitik und bei Kindern und Jugendlichen vorgeschlagen hat.“

Grundidee des SPD-Konzepts ist, für die Kassenkredite mit der Regierung einen Tilgungsplan zu vereinbaren. Diese Kassenkredite musste die Stadt aufnehmen, um die massiven Gewerbesteuerrückzahlungen 2024 und 2025 leisten zu können. Folge der Steuerrückzahlung war aber auch, dass die Stadt im Jahr 2024 Investitionen in Höhe von rund 40 Millionen Euro nicht wie ursprünglich geplant aus liquiden Mitteln zahlen konnte. Da aber auch keine Genehmigung für Investitionskredite vorlag, wurden dafür Kassenkredite in Anspruch genommen.

Aktuell erwartet die Regierung eine vollständige Tilgung der Kassenkredite innerhalb der vier Jahre, die die mittelfristige Finanzplanung umfasst. Aus Sicht der SPD ist das aber kein realistischer Ansatz: „Investitionen werden über einen deutlich längeren Zeitraum finanziert, weil sie ja auch eine deutlich längere Nutzungsdauer aufweisen“, erläutert Philipp Dees: „Wir schlagen daher vor, dass die für Investitionen aufgenommen Kassenkredite mit jährlich 2 Millionen Euro getilgt werden. Dann wäre ausgehend von 40 Millionen Euro nach 20 Jahren eine vollständige Rückzahlung erreicht. Dies wäre immer noch erheblich kürzer als die gewöhnliche Tilgung von Investitionskrediten über 30 oder mehr Jahre. Da außerdem durch die bereits erfolgte Haushaltskonsolidierung und die Stabilisierungshilfen bereits ein Teil der Kassenkredite getilgt werden konnte,

SPD-Fraktion Erlangen
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Telefon: 09131 86 2225
spd.fraktion@stadt.erlangen.de

Ansprechpartner*in
Philipp Dees
Mobil: 01575-9712401

/ErlangenSPD
@erlangenspd
SPD-FRAKTION-ERLANGEN.DE

dürfte die Rückzahlung sogar noch deutlich früher erreicht sein, nach unserer Schätzung nach etwa 15 Jahren."

Mit einer solchen Festlegung kann dann ein Weg für eine solide Haushaltskonsolidierung gewählt werden: „Statt brachialer Einsparung ist es dann möglich, sinnvolle Maßnahmen zu entwickeln, die kurzfristig zwar keinen großen Einsparbetrag bringen, aber langfristig umso stärker wirken", so Munib Agha weiter: „Ein Beispiel hierfür ist die Digitalisierung: Hier schlagen wir vor, drei neue Stellen im Amt für Digitalisierung zu schaffen. Mit diesen kann die Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen erheblich beschleunigt werden. Digitalisierung ermöglicht es dann, Verwaltungskosten deutlich zu reduzieren; das zeigen Studien und auch Erfahrungen in den Bereichen der Stadt, wo bereits digitalisiert wurde. Damit baut sich ein erheblicher Konsolidierungsbeitrag auf, der allerdings nicht sofort, sondern erst mittelfristig erzielt wird." Ähnlich wirken auch Maßnahmen, die z.B. den Energieverbrauch städtischer Gebäude, der Straßenbeleuchtung oder der Ampeln im Stadtgebiet senken oder PV-Anlagen, mit denen die Stadt externen Strombezug spart – deshalb finden sich auch diese Investitionen im SPD-Entwurf zum Haushalt 2027.

Der Entwurf der SPD sieht vor, von der schwarz-grünen Einsparliste für das Jahr 2027 Maßnahmen im Volumen von ca. 1,8 Millionen Euro zu übernehmen; dieser Betrag wächst bis 2030 auf knapp 4 Millionen Euro an. Hinzu kommen von der SPD-Fraktion entwickelte zusätzliche Konsolidierungsvorschläge, die 2027 bei rund 1,3 Mio. Euro liegen und bis 2030 auf 7,8 Mio. Euro ansteigen. Der Vorschlag enthält, dass Bund und Land angesichts der desolaten Finanzlage aller Kommunen bis spätestens 2030 eine Gemeindefinanzreform vornehmen werden müssen, die die Finanzkraft der Kommunen und damit auch der Stadt Erlangen deutlich stärkt. Dadurch gelingt es, einen positiven Saldo der Verwaltungstätigkeit von mindestens 2 Millionen Euro zu erzielen, der eine regelmäßige Tilgung der Kassenkredite erlaubt. Ein solcher positiver Saldo der Verwaltungstätigkeit ist eine Voraussetzung für die Genehmigung des Haushalts.

Den positiven Saldo aus Verwaltungstätigkeit gibt es auch bei Berücksichtigung der weiteren SPD-Anträge zu den Ämterbudgets (rund 400.000 Euro) und der zusätzlichen Zinszahlungen für die von der SPD vorgeschlagenen Investitionen – in allen Jahren außer 2028, wo einige Sondereffekte wirken.

Woran noch weiter gearbeitet werden müsste, wäre ein regelmäßiger Finanzmittelüberschuss, der neben dem Saldo der Verwaltungstätigkeit die Aufwendungen für die Tilgung von Investitionskrediten berücksichtigt. Hier fehlt für 2029 noch ein Konsolidierungsbeitrag von gut 200.000 Euro, für 2030 noch gut 3,3 Millionen Euro auf das

SPD-Fraktion Erlangen
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Telefon: 09131 86 2225
spd.fraktion@stadt.
erlangen.de

Ansprechpartner*in
Philipp Dees
Mobil: 01575-9712401

/ErlangenSPD
@erlangenspd
SPD-FRAKTION-ERLANGEN.DE

Tilgungsziel bei den Kassenkrediten. Nach Ansicht der SPD sollte diese Konsolidierung in einem strukturierten Prozess zu erreichen sein, der auf Vorschläge aus dem Stadtrat und den Beschäftigten in der Stadtverwaltung setzt. Dort gibt es weiterhin Ideen, wie städtische Aufgaben noch effizienter erledigt werden können. Außerdem könnten mit einem genehmigten Haushalt Themen wie „New Work" – bei dem durch effizientere Nutzung von Büroflächen bisherige Anmietflächen aufgegeben werden können und so Mietkosten gespart werden – oder weitere Maßnahmen zur Energieeinsparung bei städtischen Gebäuden angegangen werden, die zu deutlichen Einsparungen führen. Für einen geordneten Konsolidierungsprozess bliebe Zeit, weil das Ziel, 2027 die Kassenkredite um 2 und bis 2028 um 4 Millionen Euro zu reduzieren, mit den SPD-Vorschlägen erreicht werden kann.

„Mit unserem Vorschlag erscheint es realistisch, dass die Regierung den Haushalt unter der Auflage genehmigt, den noch fehlenden Betrag für regelmäßige Finanzmittelüberschüsse 2029 und 2030 zu erreichen und den Tilgungspfad für die Kassenkredite konsequent zu verfolgen", sagt Munib Agha: „Das entspräche dann der Herangehensweise, wie sie die Regierung zum Beispiel in den letzten Jahren gegenüber Nürnberg gewählt hat. Dort wurde der Haushalt trotz Defiziten in der laufenden Verwaltungstätigkeit und Finanzmitteldefiziten regelmäßig unter Auflagen genehmigt. Erlangen kann selbstverständlich davon ausgehen, dass für unsere Stadt die gleichen Bedingungen gelten."

Mit dem Vorschlag der SPD-Fraktion könnte ein massiver Kahlschlag verhindert werden: „Die schwarz-grüne Mehrheit sollte die Vorgaben der Regierung nicht einfach übernehmen, wenn es offensichtlich auch anders geht. Eine schwarz-grüne Entscheidung für die bisher vorgelegte Einsparliste hätte drastische Folgen im Sozialen, in der Kinder- und Jugendarbeit, aber auch in der Kultur und im Zusammenleben in unserer Stadt", so die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Sophia Waldmann: „Wichtige Strukturen und Angebote würden zerstört, und unterbrochene Präventionsketten in der Kinder- und Jugendhilfe würden später deutlich höhere Kosten für die Stadt verursachen. Deshalb ist es gut, dass wir einen Vorschlag auf den Tisch legen, der das vermeiden kann." Barbara Pfister, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, ergänzt: „Auch die besondere Belastung von Frauen, die diese Kürzungen bedeuten, können durch unseren Vorschlag vermieden werden."

Ein genehmigter Haushalt erlaubt außerdem, dringend notwendige Investitionen anzugehen. Den Schwerpunkt legt die SPD dabei insbesondere auf Hitzeschutz: „Der Sommer 2026 hat gezeigt, wie stark sich unsere Stadt aufheizt. Das gefährdet

SPD-Fraktion Erlangen
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Telefon: 09131 86 2225
spd.fraktion@stadt.
erlangen.de

Ansprechpartner*in
Philipp Dees
Mobil: 01575-9712401

/ErlangenSPD
@erlangenspd
SPD-FRAKTION-ERLANGEN.DE

9. Oktober 2026

Pressemitteilung
Der Bücherbus muss bleiben!

Die SPD-Fraktion spricht sich entschieden gegen den Vorschlag der schwarz-grünen Stadtspitze aus, den Bücherbus einzustellen. „Der Bücherbus ist ein elementares Angebot, um Kindern und Jugendlichen den Zugang zu Literatur zu ermöglichen“, so SPD-Bildungssprecherin Sandra Radue: „Er erreicht Kinder und Jugendliche – und natürlich auch Erwachsene – die nicht oder nur schwer in die Innenstadt zur Stadtbibliothek kommen können. Zusätzlich fährt er regelmäßig die Grundschulen an und schafft dort für Schüler:innen Zugang zum Lesen – gerade auch für solche, in deren Familien wenig gelesen wird.“

„Die PISA-Studie hat gerade erst erneut gezeigt, dass Kinder und Jugendliche in Deutschland erhebliche Defizite bei der Lesekompetenz haben“, ergänzt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Barbara Pfister: „Notwendig sind also dringend Angebote, die die Lesekompetenz stärken. Genau diese bietet unsere Stadtbibliothek vorbildlich, und der Bücherbus ist ein elementarer Teil davon. Dieses Angebot muss unbedingt erhalten bleiben!“

Bestätigt sieht sich die SPD-Fraktion durch den großen Zuspruch, den diverse Aufrufe gegen die Streichung des Bücherbusses aus der Bevölkerung binnen weniger Tage erhalten haben. „Die Bedeutung des Bücherbusses wird weithin anerkannt“, so Radue: „Umso wichtiger, dass der Stadtrat diesen Streichungsvorschlag schnell vom Tisch nimmt!“

SPD-Fraktion Erlangen
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Telefon: 09131 86 2225
spd.fraktion@stadt.
erlangen.de

Ansprechpartner*in
Philipp Dees
Mobil: 01575-9712401

/ErlangenSPD
@erlangenspd
SPD-FRAKTION-ERLANGEN.DE

9. Oktober 2026

Pressemitteilung
SPD gegen massive Kürzungen bei Kindern und Jugendlichen

Der in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses deutlich gewordene Protest gegen massive Kürzungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe hat die volle Unterstützung der SPD-Fraktion: „Die Vorschläge, die die schwarz-grüne Stadtspitze hier auf ihre Kürzungsliste gesetzt hat, wären schlimm für ganz viele Kinder und Jugendliche und die soziale Arbeit in Erlangen“, sagt SPD-Jugendsprecherin Sophia Waldmann: „Verschiedene Sozialverbände, der Stadtjugendring und das Stadtjugendamt selbst haben im Jugendhilfeausschuss noch einmal sehr deutlich gemacht: wenn niederschwellige Angebote der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit wegfallen, dann fehlt nicht nur was im Alltag junger Menschen in Erlangen, sondern es entstehen auch sehr schnell Mehrkosten, wenn Kinder und Jugendliche in prekären Lebenssituationen am Ende durch die viel teureren Hilfen zur Erziehung aufgefangen werden müssen.“ Deshalb sieht Sophia Waldmann mögliche Kürzungen bei Angeboten mit präventiver Wirkung besonders kritisch: „Die offene Jugendsozialarbeit, die mobile Jugendsozialarbeit (Streetwork) in Büchenbach, die Abenteuerspielplätze, aber auch Angebote wie Ferienfahrten: Dies sind alles Orte, an denen man früh mitbekommt, wenn Kinder und Jugendliche Probleme haben und dann gegensteuern kann – diese Orte wegzusparen, ist unverantwortlich und wird für die Stadt auch früher oder später teurer als jede Präventionsmaßnahme.

Die Kritik der SPD richtet sich auch gegen die in den Kürzungsmöglichkeiten aufgeführte Abschaffung der Spiel- und Lernstuben: „Hier werden Schüler:innen gefördert, die deutlich schlechtere Bildungschancen haben, oft, weil ihre Eltern sie nicht so intensiv unterstützen können, wie es das selektive bayerische Schulsystem voraussetzt“, führt SPD-Bildungssprecherin Sandra Radue aus: „Diese Förderung ist schon allein für die soziale Gerechtigkeit ein Muss, damit kein Kind verloren geht. Die verbesserten Bildungschancen dieser Kinder führen aber auch dazu, dass sie mit höherer Wahrscheinlichkeit einen Schulabschluss erreichen, Ausbildungen absolvieren und schließlich einer gesicherten Beschäftigung nachgehen und nicht von

SPD-Fraktion Erlangen
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Telefon: 09131 86 2225
spd.fraktion@stadt.
erlangen.de

Ansprechpartner*in
Philipp Dees
Mobil: 01575-9712401

/ErlangenSPD
@erlangenspd
SPD-FRAKTION-ERLANGEN.DE

Sozialleistungen abhängig sind.“ Ähnliche Effekte hätten, so Radue weiter, die von der schwarz-grünen Stadtspitze vorgeschlagenen Kürzungen bei der Betreuung von Deutschklassen, des Dyskalkulieprojektes oder der interkulturellen Elternarbeit. „Klar: Die Stadt gleicht hier überall Defizite des bayerischen Bildungssystems aus, in dem es viel zu wenig individuelle Förderung und viel zu wenig Ausgleich von Chancenungleichheit gibt“, so Radue: „Aber dass der Freistaat seiner Verantwortung nicht nachkommt kann gerade bei Kindern und Jugendlichen kein Argument sein, als Stadt das Gleiche zu tun!“

Sophia Waldmann, die auch stellvertretende Fraktionsvorsitzende ist, ordnet die Ablehnung massiver Kürzungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe in die Haushaltsstrategie der Fraktion ein: „Auch wir wissen, dass es weiteren Konsolidierungsbedarf bei der Stadt gibt. Und man wird den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe nicht komplett ausnehmen können. Aber wir sind überzeugt, auch nachdem wir uns in nochmal sehr intensiv mit dem Haushalt beschäftigt haben: Für einen genehmigungsfähigen Haushalt braucht es viel geringere Einsparungen, als die Regierung von Mittelfranken vorsieht und die Stadtspitze einfach hinnimmt. Wir bringen ein Haushaltskonzept ein, mit dem wichtige Strukturen und Präventionsmaßnahmen in der Jugendarbeit erhalten bleiben. Wir zeigen auf, dass tatsächlich möglich wäre, was Jörg Volleth beim Jubiläum des Stadtjugendamtes noch mit großen Worten verkündet hat: Bei Kindern und Jugendlichen wird zuletzt gespart.“

SPD-Fraktion Erlangen
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Telefon: 09131 86 2225
spd.fraktion@stadt.
erlangen.de

Ansprechpartner*in
Philipp Dees
Mobil: 01575-9712401

/ErlangenSPD
@erlangenspd
SPD-FRAKTION-ERLANGEN.DE

9. Oktober 2026

Pressemitteilung
SPD: Chance zum Erhalt des „Figu“ nutzen!

Das Internationale Figurentheaterfestival, von vielen liebevoll nur kurz „Figu“ genannt, steht auf der Kürzungsliste der schwarz-grünen Stadtspitze. Im Kultur- und Freizeitausschuss wurde nun deutlich: Die zuständige Abteilung Festival und Programme des Kulturamtes hat einen alternativen Vorschlag, einen weiteren wesentlichen Konsolidierungsbeitrag zu leisten, ohne das renommierte Festival einzustellen.

Die SPD-Fraktion fordert, diesem Vorschlag zu folgen. „Das ‚Figu‘ ist, wie auch Poet*innenfest und Comicsalon, ein Festival mit überregionaler Strahlkraft“, so SPD-Kultursprecherin Valeria Fischer: „Mit seinen zahlreichen Veranstaltungen, von denen einige im öffentlichen Raum stattfinden, belebt das Festival die Stadt und zieht Gäste von außerhalb nach Erlangen. Es bringt internationales Theater unmittelbar zu den Menschen vor Ort. Mit Vorstellungen für Kinder und Erwachsene sowie Veranstaltungen im öffentlichen Raum und in den Stadtteilen erreicht es auch Menschen, die sonst selten ins Theater gehen. Mit der Streichung des „FiGu“ ginge ein über Jahrzehnte gewachsenes und prägendes Stück Erlanger Stadtkultur unwiederbringlich verloren.“

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Barbara Pfister weist auf weitere Aspekte hin: „Durch den beim Vorschlag der Stadtspitze geplanten Abbau von 1,5 Stellen käme es beim Festivalteam zu einer massiven weiteren Arbeitsverdichtung. Das könnte auch die Durchführung von Comicsalon und Poet*innenfest beeinträchtigen. Außerdem könnte der Wegfall des Figurentheaterfestivals eine zusätzliche finanzielle Lücke beim E-Werk verursachen. Auch deshalb ist es geboten, dem Vorschlag des Kulturamtes zu folgen und das Festival zu erhalten.“

SPD-Fraktion Erlangen
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Telefon: 09131 86 2225
spd.fraktion@stadt.
erlangen.de

Ansprechpartner*in
Philipp Dees
Mobil: 01575-9712401

/ErlangenSPD
@erlangenspd
SPD-FRAKTION-ERLANGEN.DE

KOMMUNALE SOZIALPOLITIK AM SCHEIDEWEG?

VON GERHARD CARL

Die bisher vorgelegten Einsparziele von schwarz-grün im Stadtrat hätte drastische Folgen im Sozialen, in der Kinder- und Jugendarbeit. Wichtige Strukturen und Angebote würden zerstört und unterbrochene Präventionsketten in der Kinder- und Jugendhilfe würden später deutlich höhere Kosten für die Stadt verursachen.

Der in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses deutlich gewordene Protest gegen massive Kürzungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe hat die volle Unterstützung der SPD-Stadtratsfraktion.

Stadtjugendring und Stadtjugendamt haben im Jugendhilfeausschuss sehr deutlich gemacht: Wenn niederschwellige Angebote der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit wegfallen, dann fehlt nicht nur was im Alltag junger Menschen, sondern es entstehen auch sehr schnell Mehrkosten, wenn Kinder und Jugendliche in prekären Lebenssituationen durch die viel teureren Hilfen zur Erziehung aufgefangen werden müssen.

Skandalös ist die in der Kürzungsliste aufgeführte Abschaffung der Spiel- und Lernstuben. In den Spiel- und Lernstuben werden Schülerinnen und Schüler gefördert, die deutlich schlechtere Bildungschancen haben, weil ihre Eltern sie nicht so intensiv unterstützen können. Die verbesserten Bildungschancen dieser Kinder führen schließlich dazu, dass sie die Möglichkeit haben, einen Schulabschluss zu erreichen, eine Lehre zu beginnen und erfolgreich abzuschließen und danach eine gesicherte Beschäftigung zu finden. Ein sicherer Arbeitsplatz ist besser als Sozialleistungen beantragen zu müssen.

Klar ist, dass ein Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und sozioökonomischer Herkunft besteht. Die aktuelle PISA-Studie 26 wurde am 08.09.2026 veröffentlicht (Testzeitraum 2025) mit dem Ergebnis der schlechtesten Leistungen seit Beginn der Erhebung vor 25 Jahren.

Die wichtigsten Ergebnisse der PISA-Studie 26: In den Kernfächern Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften sanken die Werte unter das Niveau aus der PISA-Studie 2000.

Jeder dritte Jugendliche erreicht beim Lesen und Mathematik nicht das grundlegende Kompetenzniveau. In den Naturwissenschaften ist es etwa jeder Vierte (ca. 25 %).

Der Zusammenhang zwischen sozioökonomischer Herkunft und Lernerfolg ist in der Bundesrepublik Deutschland deutlich stärker als im OECD-Durchschnitt. Die Ungleichheit hat sich in den vergangenen 10 Jahren weiter verschärft. Nach 25 Jahren hänge der Bildungserfolg immer noch so stark vom Elternhaus ab, wie in kaum einem anderen Land. Nach wie vor trage das Schulsystem nicht dazu bei, die starke Verknüpfung von Bildung und sozialem Hintergrund abzumildern. Im Gegenteil: Es zementiert und verstärkt sie sogar.

In Erlangen müssen daher die Programme im Sozialen, in der Kinder- und Jugendarbeit erhalten bleiben und dürfen nicht gekürzt werden. Strukturen und Angebote dürfen nicht zerstört werden.

(vgl. Pressemitteilung SPD-Stadtratsfraktion vom 20.10.2026; PISA-Studie 26; GEW)

BERICHT AUS BERLIN

VON GABRIELA HEINRICH

Liebe Genossinnen und Genossen,

Gabriela Heinrich (MdB), unsere Betreuungsabgeortnete in Berlin. Foto: Photothek Media Lab

am 4. November 2011 wird eine Sparkassenfiliale in Eisenach überfallen. Die Täter fliehen auf Fahrrädern und verstecken sich in einem Wohnmobil. Als sich die Polizei nähert, töten sie sich selbst. Am selben Tag explodiert ein Wohnhaus in Zwickau. Es ist das Wohnhaus, in dem Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt gelebt haben.

Es ist der Tag, an dem sich der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) enttarnt. Der Tag, an dem vielen bewusst wird, dass die Annahme, es gebe keinen Rechtsterrorismus in Deutschland, eine gravierende Fehlannahme war.

Und es ist der Tag, an dem der Begriff „Döner-Morde“ plötzlich nicht mehr stimmte. Und an dem sich ein ganzes Land fragen musste, wie es dazu kommen konnte, dass Familien von Opfern aus dem migrantischen Milieu automatisch tatverdächtig sind, ein Zusammenhang zwischen acht Morden, die mit derselben Waffe verübt wurden, aber übersehen werden kann.

Zehn Menschen in ganz Deutschland hat der NSU zwischen 2000 und 2007 insgesamt ermordet. Neun Männer mit Migrationshintergrund und eine Polizistin. Der NSU wollte Menschen mit Migrationshintergrund einschüchtern und ein Klima der Angst erzeugen. Gestoppt hat der NSU sich selbst – die Gründe dafür sind unklar. Polizei und Verfassungsschutz aber haben es nicht geschafft, die Terroristen zu stoppen.

Die Mordserie begann im Jahr 2000 in Nürnberg. In Nürnberg gab es die meisten Mordopfer. Enver Şimşek war zu Besuch in Nürnberg, um einen seiner Angestellten am mobilen Blumenstand zu vertreten, als er gegen Mittag durch mehrere Schüsse schwer verletzt wurde. Er erlag seinen Verletzungen zwei Tage später im Krankenhaus. Abdurrahim Özüdoğru wurde ein Jahr später in Nürnberg in seiner Schneiderei aus nächster Nähe erschossen. Er starb sofort. 2005 wurde auch İsmail Yaşar in seinem Laden aus nächster Nähe erschossen.

15 Jahre ist es her, dass der NSU sich enttarnt hat. 2013 wurde Beate Zschäpe zu lebenslanger Haft verurteilt.

Sie wäre vielleicht nie verurteilt worden, hätten die drei Terroristen sich am 4. November 2011 nicht selbst enttarnt. Denn wir waren auf dem rechten Auge blind. Für Verfassungsschutz und Ermittler, Medien und auch für uns Mitbürgerinnen und Mitbürger erschien es plausibler, dass Menschen mit Migrationshintergrund von Kriminellen aus dem Drogenmilieu ermordet werden als von rechten Terroristen.

Und genau deshalb braucht es einen Ort des Erinnerns. An die Opfer und das Leid ihrer Familien. Aber auch daran, dass Alltagsrassismus allgegenwärtig ist und zu tragischen Fehleinschätzungen führen kann.

Den Ort des Erinnerns gibt es in Nürnberg – und den anderen Städten, in denen der NSU Menschen ermordet hat – bereits seit 2013. In Nürnberg steht das zentrale Mahnmal für die Opfer der NSU-Gewalttaten am Kartäusertor. Und es gibt die Website Orte des Erinnerns Nürnberg, auf der man neben den Namen der Opfer auch ihre Geschichte findet.

Ich bin froh, dass nach einem langen Hin und Her nun klar ist: Nürnberg bekommt auch ein NSU-Dokumentationszentrum. Dafür soll eine Stiftung des öffentlichen Rechts errichtet werden. Rund 6,2 Millionen Euro will der Bund bereitstellen, um das NSU-Dokumentationszentrum zu bauen. Das Geld soll aus dem laufenden Bundeshaushalt in den Jahresetat 2027 übertragen werden.

In Zeiten, in denen rechtsextremes Gedankengut immer gesellschaftsfähiger wird, ist ein NSU-Dokumentationszentrum nicht nur Kür, sondern Pflicht. Der NSU hat gezeigt, was passiert, wenn rechte Gedanken zu Taten werden. Wenn aus Ideen Terror wird und Menschen sterben. Wir müssen dafür sorgen, dass die Erinnerung bleibt. Auch die Erinnerung an die Stigmatisierung der Opfer und an rassistische Vorverurteilungen der Opfer-Familien.

WIR SIND DEMOKRATEN

VON HARRY SCHREYER

„Wir“ waren schon Papst. „Wir“ sind Fußballweltmeister mit den über 80jährigen. „Demokratie“ waren „wir“ noch nie. „Staat“ waren „wir“ auch noch nicht. „Das Volk“ waren „wir“ vielleicht schon. Hier frage ich, wer „das Wir“ überhaupt ist. Zuerst war „das Wir das Volk“, Revolutionäre in der DDR. Später wollte ein „Wir das Volk“ sein, das gegen verordnete Coronaabwehrmaßnahmen auf die Straße ging. Es gab noch den Versuch, dass „wir“ „ein Volk“ seien, eines, das sich zuerst vereinen wollte, jetzt aber Migration bekämpft. Stellt sich also die Frage, wer „wir“ sind, wer dazugehört und wer nicht. Jedenfalls scheint es, „wir“ sind kein „geeintes Volk“. Doch gibt es Einigkeit darin, dass „wir“ kämpfen. Unklar jedoch wofür, weil meist dagegen: gegen den Staat, die Eliten, die Politik, gegen die, die wir eh nicht leiden können, die anderer Meinung sind, die uns das Leben schwer machen, die uns hineinreden und hineinhandeln in unser Leben, das doch nur gelebt werden will.

SOZIALDEMOKRATEN

„Wir“ sind Sozialdemokraten! Jedenfalls „wir“, für die der Monatsspiegel, der Vorwärts usw. gemacht wird. Vielleicht sind wir zu wenige, aber wir sind im Vorteil. Alles in einem Wort – sozial und demokratisch! Wir sind Sozialdemokraten und wir könnten den Staat sozial machen, die Demokratie retten ...
Wie weit sind wir?
Hoppla – so weit sind wir schon? Die Demokratie muss gerettet werden? Das „nie wieder“ ist schon wieder da! Die Frage: warum, vor wem, mit welchen Mitteln, gar mit Waffen? Wehrhaft müsse Demokratie sein, heißt es, da müssen wir zusammenhalten „im Konflikt, in der Konfrontation“ meinte Tim Klüssendorf am 09. September in einer bemerkenswerten Rede im Bundestag, gegen die Rechten, die AfD. Aber reicht das aus, alleine auf die AfD zu zeigen, oder wird Demokratie zerfressen, trocknet sie aus und wird weggeschwemmt durch den von Menschen gemachten Klimawandel in der Politik? Brauchen wir „eine wirkliche politische Bewegung“, die „der Demokratie“ durch Mauern, Stacheldraht und Lüge den Weg bahnen kann, wie Bundespräsident Steinmeier am 03. Oktober beschwor. Oder brauchen wir einfach eine „bessere Politik“ wie Ricarda Lang von Bündnis90/die Grünen nach ihrem Rücktritt als Parteivorsitzende schrieb? Dabei haben doch unsere Abgeordneten, die Gewählten in Bund, Ländern und Gemeinden immer die beste Politik nach bestem Wissen und Gewissen gemacht. Das soll jetzt nicht mehr reichen?

REFORMEN MÜSSEN KOMMEN

Europa brennt in diesem Sommer, noch der Herbst ist heiß. „Wirkliche Politik“ meint der Bundespräsident, könne Hoffnung begründen und „die Verhältnisse verändern“. Unwirkliches geschieht dann derzeit in Europa. Die Menschen gehen auf die Straße von Portugal bis Griechenland. Sie protestieren, weil sie sich das Leben nicht mehr leisten können. Gestiegene Preise bei Lebensmitteln und Mieten. Wo aber Politik reagiert, wie in Berlin, und ein Kontingent an Wohnungen von Wohnungsbaugesellschaften vergesellschaften will, da kommt die Keule Sozialismus (Söder, Reiche) und man droht, noch die letzten Geldmittel zu streichen. Die Demos in Spanien wurden entfacht als eine 87 Jahre alte Frau aus der Wohnung geräumt wurde, sie starb im Krankenhaus. Schüler in Frankreich wollten doch nur aufmerksam machen, dass man in maroden Schulen gar nichts lernen kann. Das kennen wir doch auch in Deutschland. Reformen braucht das Land! Doch braucht es wirklich diese vorgelegten (Rente, Gesundheit, Pflege, Arbeitszeit, Befristungsrecht und Kündigungsschutz)? Wohin führt der Wahnsinn, wenn es Menschen schlechter gehen muss, damit sich doch nichts ändert?

ALLES FÜR DIE WIRTSCHAFT

Es muss etwas geschehen, es muss etwas entschieden werden, was immer es kostet. Die Wirtschaft muss laufen, dann geht es schon besser. Doch „Wohlstand für alle“ gibt es so nicht mehr. Die Schere geht auf, das Versprechen auf soziale Marktwirtschaft ist der Doktrin des Neoliberalismus zum Opfer gefallen. Investitionen von heute sind nicht mehr die Arbeitsplätze von morgen, sie sind Gewinnversprechen an die Investoren, sie treiben Transformationen voran, verändern Gesellschaft und stabilisieren sie nicht. Die Regierung veranstaltet eine Investorenkonferenz und will Milliarden werben. Doch wer bezahlt schafft an. Die Wirtschaftsministerin, die Wirtschaftsjournalisten und die ökonomischen Experten sagen es: Das „Soziale“ wird zu teuer, „Bürokratie“ würgt die Entwicklung ab, das muss weg, wir müssen den Weg frei machen für Künstliche Intelligenz, für Wettbewerbsfähigkeit und weiter so. Wer investiert bekommt den guten Deutschen, der früh ins Bett geht und vor Sonnenaufgang aufsteht, für den zuerst die Arbeit kommt, dann das Life-Balance und es hinnimmt, dass er seine Miete nicht mehr zahlen kann, es ist halt Wirtschaft. Im Ergebnis: Politik reformiert nicht die Wirtschaft, sondern die Sozialsysteme. Wirtschaft soll weitermachen wie immer, Technologie mit exponentiell steigendem Tempo die Welt verändern. Es ist nicht die Politik, die die Welt verändert.

MENSCHENWÜRDE

Doch der erste Satz im ersten Artikel des Grundgesetzes stellt nicht die Wirtschaft in den Mittelpunkt, sondern die „Würde des Menschen“. Sie sei unantastbar, sie zu schützen sei Verpflichtung aller staatlichen Gewalt, die bekanntlich vom Volke ausgeht. Der Mensch ist erste Adresse und Mittelpunkt des Grund-

gesetzes. Der Mensch ist Zweck politischen Handelns. Politik muss Weichen stellen für eine Wirtschaft zum Wohle des Menschen. Leben muss bezahlbar bleiben, wenn die Würde des Menschen geachtet und geschützt werden soll.

EIGENTUM VERPFLICHTET

Eigentum wird gewährleistet, Erbrecht auch. Gleichzeitig aber soll der „Gebrauch“ des Eigentums „verpflichten“, nämlich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Zu diesem Zweck kann es auch vergesellschaftet oder in andere Formen des Gemeineigentums überführt werden. Es muss nur eine Entschädigung gezahlt und deren Höhe unter „gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten“ bestimmt werden. Wenn das jetzt Sozialismus ist, na gut: es ist Sozialismus auf dem Boden des Grundgesetzes, unserer „freiheitlich demokratischen Grundordnung“. Parteien, die diese Ordnung „beeinträchtigen“ oder gar „beseitigen“ wollen sind verfassungswidrig und von der staatlichen Parteienfinanzierung ausgeschlossen (ich zitiere Art. 14, 15 und 21 Abs. 2, 3 GG). Das ist die verfassungsmäßige Grundlage für eine Politik der Menschenwürde.

DER KLEINE WOHLSTAND

„Wenn Du fleißig bist und Dich anstrengst, kannst Du mit Deiner Familie einen kleinen Wohlstand schaffen“. Das sei die Grundidee der sozialen Marktwirtschaft meint der Wirtschaftsrat CDU e.V. Da klingt doch der alte Erhard nach, der „Maßhalten“ von den Arbeitnehmern forderte. Das hat die Gewerkschaften schon seit jeher aufgebracht. Denn immer waren sie gemeint. Die Löhne und Gehälter sind zu hoch. Da hat sich nichts geändert seit mehr als siebzig Jahren. Vermutlich hätten die Menschen auch gar nichts gegen den kleinen Wohlstand, wenn er denn zum Leben reichte. Wenn Du Dich anstrengst und lernst, denn Bildung ist das „A“ und „O“, Finanzbildung, ausgerechnet eine Empfehlung der Rentenkommission, KI-Bildung, Medienbildung, Lesen und Schreiben auch noch. Aber wie das gehen soll in maroden Schulen, von Schließung wegen Sparmaßnahmen bedroht, wie die Technikerschule in Erlangen, oder lebenslang nach und neben der Maloche im befristeten Arbeitsverhältnis oder als Mensch vermietet im Leiharbeitsverhältnis und Du weißt nicht wie es weitergeht das sagen sie Dir nicht, die sich als Unternehmer, Selbstständige und nur ausnahmsweise Angestellte zusammenschließen, die, wie schon der alte Adam Smith wusste, der Politik näherstehen als die Arbeitenden. Also brauchen wir eine Wende der Politik. Hinwendung zu den Menschen und ihrer Würde, die auch darin besteht, ein Leben in Ruhe ohne Angst, es nicht bezahlen zu können, zu führen.

DEMOKRATIE RETTEN

Ab Artikel 20 Grundgesetz wendet sich unsere Verfassung der Voraussetzung zu, die alleine gewährleisten kann, dass Menschenwürde möglich wird. „Die Bundesrepublik ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ Was heißt das jetzt: Demokratie. Das Volk regiert? Nein, nur die Staatsgewalt geht vom Volk aus. Die Mehrheit hat immer recht? Nein, die Minderheiten müssen vor der Mehrheit geschützt werden. Alles andere wäre „identitäre“ Demokratie, wie es Konrad Hesse in den sechziger Jahren einmal ausgedrückt hat. Es gilt nämlich noch so vieles: Die Freiheit der Meinungen, die Freiheit der Religionsausübungen, die Entfaltung der Persönlichkeiten. Da steckt doch vieles drin! Alle sind vor dem Gesetz gleich, Männer und Frauen gleichberechtigt, Behinderte dürfen nicht benachteiligt werden. So schützt das Grundgesetz die Vielfalt. Alle haben gleiches Recht auf Leben, Hoffnung, Existenz. Demokratie ist Mittel, die Menschen in den Mittelpunkt zu stellen.

ANDERS DENKEN

Tim Klüssendorf hat nach dem Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt am 09. September im Bundestag den richtigen Hinweis gegeben. Zu schnell bedienen wir nach einschneidenden Ereignissen die Tagesordnungen. Das kann ein Wahlerfolg der Rechten sein, Klimawandelfolgen eines Hitzesommers mit Trockenheit, Bränden und 50.000 Hitzetoten in Europa, Unsicherheiten wegen Inflation durch Krieg. Tagesordnungen fragen nicht, ob man was ändern müsste. Sie führen direkt dazu, dass man sich gleich wieder mit den kleinen „Nickeligkeiten“ beharkt, wie es Klüssendorf ausgedrückt hat. So als wäre nichts gewesen und wir müssen doch entschieden vorwärts oder rückwärts gehen, jedenfalls voraus, an den Menschen vorbei und bis wir uns orientieren haben wir sie schon verloren.

ANDERS HANDELN

Isabella Weber, Professorin für Ökonomie an der University of Massachusetts, hatte eine Idee. Das Leben dreht sich gar nicht um Gerechtigkeit, Freiheit oder Demokratie, sondern um die Frage, ob bezahlbar bleibt, was ich in der Gesellschaft brauche. Lebensmittel, Wohnen, Mobilität, saubere Umwelt, bewohnbares Land, Kommunikation, Arbeit. Die „Arbeit“ habe ich ergänzt. Aufgabe des Staates sollte es werden, die für das Leben notwendige Grundversorgung bereitzustellen. Der Markt, auf den der Neoliberalismus gesetzt hat, kriegt das nämlich nicht hin. Märkte sind mit Unsicherheitsfaktoren behaftet, notwendige Güter können knapp werden und machen Privatleute oder Unternehmen reicher, solange wir bei ihnen kaufen müssen und sie den Preis bestimmen. Staat und damit Politik braucht seine Handlungsfähigkeit zurück, nicht „wir“ „unsere Demokratie“, wie es die Rechte propagiert. Denn Demokratie kann man nicht besitzen. Sie ist Leben, Freiheit und auch Aufgabe. Demokratie ist aber immer auch: Sozialdemokratie – wir können das!

TEIL 1 – DIE GROßE ILLUSION

VON MONIKA FATH-KELLING

Sie sind das Fundament unseres Staatskundeunterrichts: die drei Gewalten Legislative, Exekutive und Judikative. Sie kontrollieren sich gegenseitig und ergeben zusammen ein harmonisches System der Checks and Balances, das unsere Freiheit verbriefen soll. Doch ein wacher Blick auf die politische Realität der Gegenwart zeigt: Dieses Lehrbuchmodell krankt massiv an der gelebten Praxis.

Das Grundgesetz, einst als Leitstern unserer Demokratie konzipiert, wurde zu einer Art Museumsstück in der politischen Vitrine.

DIE EROSION

begann in der Herzkammer unserer Demokratie, dem Deutschen Bundestag. Nach den Vorgaben des Grundgesetzes sind Abgeordnete allein ihrem Gewissen verpflichtet. In der Realität regiert jedoch überwiegend Fraktionszwang. Die Legislative kontrolliert somit die Exekutive nicht mehr, sie ebnet lediglich den Weg der Regierungslinie. Die Plenardebatten gleichen einem institutionalisierten, ans Absurde grenzenden Theater, bei dem die Rollen wie in einer Commedia dell'arte im Voraus feststehen. Wer in den Parteihierarchien nach oben will, darf nur beim Lächeln „Zähne zeigen": System- und Regierungsschutz „first", kritische Kontrolle „second". Die Parteien, die laut Verfassung lediglich an der politischen Willensbildung mitwirken sollen, haben sich längst ein Monopol geschaffen. Das Wohl des Volkes definieren allein die „Parteien der Mitte". Opposition der „Randständigen", ob rechts oder links? „Spielt nicht mit den Schmuddelkindern, singt nicht ihre Lieder..." Besonders deutlich wird die Ohnmacht der Wählenden dort, wo die existenziellsten Fragen verhandelt werden: in der Außen- und Sicherheitspolitik. Egal, wie das Kreuzchen auf dem Wahlzettel gesetzt wird – das transatlantische Machtsetting bleibt unberührt. Als Beispiel dafür steht eine NATO, die sich von einem rein defensiven, territorial gebundenen Verteidigungsbündnis zu einer global agierenden Militärallianz ausgewachsen hat. Kritiker sehen in ihr längst nur noch den imperialen Interventionsarm Washingtons, der über supranationale Befehlsstrukturen gesteuert wird.

Und wo bleibt die parlamentarische Kontrolle? Sie wird durch juristische und politische Kniffe geschmeidig umgangen. Bereits im NATO-Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2001 wurde argumentiert, mit der Neuausrichtung des Bündnisses entstehe kein neuer Vertrag – es handle sich lediglich um eine Fortentwicklung des bestehenden Vertragswerks. Daher sei keine Zustimmung des Bundestages (zu dieser 180° Wende!) notwendig, ein Gegenrederecht (selbst bei solch fundamentalen strategischen Weichenstellungen) erübrigt sich. Unter dem Deckmantel der außenpolitischen „Berechenbarkeit" wird das System so schier wasserdicht gegen jeglichen Wählerwillen abgesichert: Einmal ins System integriert, gibt es kein Entrinnen mehr. Die Entscheidung über Krieg und Frieden wurde faktisch an supranationale Strukturen ausgelagert.

Wenn unsere repräsentative Demokratie derart aus dem Ruder läuft und sich von den Vorstellungen der Bevölkerung entkoppelt, bräuchte es dringend ein demokratisches Korrektiv. Aber die reflexhafte Abneigung der politischen Elite gegen basisdemokratische Elemente nach Schweizer Vorbild spricht Bände: Volksentscheide auf Bundesebene werden blockiert, weil man den Kontrollverlust fürchtet. Wird jedoch der institutionalisierte Weg über das Parlament dermaßen vermauert, bleibt den Bürgern oft nur noch der Druck der Straße. Doch hier liegt die Latte hoch: Um in diesem verkrusteten Machtsetting überhaupt noch Gehör zu finden, müssen Sozialproteste mittlerweile Dimensionen annehmen, die für das System – bis hin zur EU-Ebene – existenzielle Krisen bedeuten.

Wir müssen aufhören, uns in die Tasche zu lügen. Wenn das Grundgesetz das Herzstück unserer Demokratie bleiben soll und nicht zum bloßen Lippenbekenntnis verkommen darf, müssen wir die Macht aller Parteien beschränken und den Bürgern durch Volksentscheide wie in der Schweiz reale Handlungsmöglichkeiten zurückgeben. Ansonsten bleibt von der Gewaltenteilung nur eines: eine große Illusion, eine schöne Erzählung für das Lehrbuch im Sozialkundeunterricht.

TEIL 2 – DAS BILLIGE VENTIL

VON MONIKA FATH-KELLING

Gute Analysen und fundierte Anträge in allen Ehren - aber machen wir uns nichts vor: Der herkömmliche Protest ist zahnlos geworden. Seit Widerspruch im Internetzeitalter so unendlich billig, barrierefrei und risikolos geworden ist, funktioniert er nur noch als digitales Ventil. Jede Online-Petition und jeder virtuelle - Shitstorm erlaubt es dem Volk frei jeglicher Haftung Dampf abzulassen, ohne sich jemals zu echten Taten organisieren zu müssen.

Den Herrschenden ringt dieser „Dampf in Netz“ nicht einmal mehr ein Stirnrunzeln ab. Während die politische Hilfsarbeiterklasse in den Parlamenten als Puffer dient, exekutiert die wahre Machtelite ungeniert ihre Interessen. Wir haben es längst mit einem globalen Finanzfeudalismus zu tun, der mit Moral, politischem Anstand oder dem Wunsch nach Demokratieerhalt nicht zu knacken ist. Wenn nötig, werden reale Unruhe robust abgeräumt; historisch gesehen ging diese Kaste für ihren Machterhalt noch immer über Leichen.

DIE KONSEQUENZ?

Eine fortschreitende „Lateinamerikanisierung“ Europas. Während Tech-Giganten mit unseren Steuergeldern subventioniert werden, um unsere Lebensgrundlagen - Energie, Boden, Wasser - renditeorientiert auszubeuten, rekrutieren sich die politischen Entscheidungsträger direkt aus den Thinktanks dieser Elite. Selbst die künstliche Intelligenz wird so programmiert, dass sie den Herrschaftsvorteil ihrer Erschaffer zementiert. „Gier schlägt Humanismus“, solange Zins und Zinseszins regieren. Wer nicht genug abwirft, fliegt raus - das „Prinzip Nokia“ (wer es noch kennt) ist mittlerweile durchgängig Maßstab.

Wie lässt sich diese Herrschaft brechen?

Vielleicht nur durch einen radikalen gesellschaftlichen Wertewandel: Indem das Horten von überschüssigem Geld aufhört, ein Symbol für Erfolg zu sein. Sollen sie doch konsumieren was immer sie mögen und sich am Ende zu Tode langweilen, weil ihnen die gesellschaftliche Anerkennung dafür fehlt.

Verweigern wir ihnen die Bewunderung! Zeigen wir diesen „Eliten“ unsere tiefe Verachtung wann immer sie Menschlichkeit mit Füßen treten, denn sie leben von unserer Bewunderung.

Leseempfehlung zum Thema: F.A. von Hayek (1939): „Economic Conditions for the Interstate Federalism“

ANTRAGSTEXT

VON MONIKA FATH-KELLING

Liebe Genoss*innen vom Kreisvorstand

Mir persönlich macht einerseits der Umstand, dass die Informationsrechte der Bürger (die noch vor gar nicht langer Zeit mühsam politisch durchgesetzt werden konnten) wieder abgeräumt werden sollen. Indem nur bei „Nachweis eines öffentlichen Interesses“ (bei Ausschluss von NGOs, die, wie z.B. Finanzwende, ja erst sinnvolle Nachfragen generieren können) und unter Schwärzung sämtlicher Namen von Beteiligten sowie über die Verpflichtung zu einer Kostenübernahme noch Auskünfte aus dem Maschinenraum der politischen Entscheidungen „gewährt werden“ sollen, ist das kein nutzbares Bürgerrecht mehr.

Andererseits sollen künftig Verfassungsschutz und BND ohne Richtervorbehalt Wohnungen betreten, verwanzen, und manipulativ in die privaten Rechner eingreifen, false flag Aktionen durchführen dürfen, „bei Verdacht“, der jeden treffen kann, sollte er oder sie nur in den Telefonen oder Kontaktlisten von wiederum nur Verdächtigen auftauchen.

Ich möchte daher zu nächster Gelegenheit (und es eilt, diese Dinge sollen noch 2026 entschieden werden!) folgenden Antrag an die Bundestagsfraktion und unseren Parteivorstand zur Behandlung beim anstehenden Bundesparteitag gestellt sehen. Hierbei bitte ich um die nötige Mithilfe des Kreisverbands.

ANTRAG AN DIE SPD-BUNDESTAGSFRAKTION SOWIE DEN PARTEIVORSTAND

Titel: Grundrechte absolut schützen – Keine Aushöhlung des Richtervorbehalts, keine Beweismanipulation und kein Einzug von Kontaktschuld in das Sicherheitsbehörden-Gesetz

Die Bundestagsfraktion der SPD wird aufgefordert, den Gesetzentwurf zur Erweiterung der Befugnisse von Bundesverfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst (BND) im parlamentarischen Verfahren grundlegend zu überarbeiten. Die berechtigte Notwendigkeit, unsere wehrhafte Demokratie gegen reale Bedrohungen (wie Spionage oder hybride Kriegsführung) zu verteidi-

gen, darf niemals als Vorwand dienen, um rechtsstaatliche Kernprinzipien einer vermeintlichen Sicherheit zu opfern. Eine Demokratie, die ihre eigenen rechtsstaatlichen Fundamente aufgibt, um sich zu schützen, hat bereits im Ansatz verloren.

Der vorliegende Gesetzentwurf überschreitet die Grenzen unserer freiheitlichen Ordnung in besorgniserregender Weise und muss in folgenden Punkten zwingend korrigiert werden:

1. Kompromisslose Wahrung des Richtervorbehalts (Art. 13 und Art. 10 GG)

Das verfassungsrechtlich verankerte Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung und das Fernmeldegeheimnis dürfen nicht durch sprachliche Verschleierungen wie das bloße „Betreten“ ausgehöhlt werden.

- Jedes heimliche Eindringen in Wohnräume zum Zweck der Installation von Spähsoftware (Quellen-TKÜ / Online-Durchsuchung) ist materiell eine tiefgreifende Durchsuchung.
- Solche Maßnahmen dürfen unter keinen Umständen ohne vorherigen, echten und materiell geprüften Richtervorbehalt stattfinden. Präventive Umgehungsstrategien oder die Verlagerung von Kernkompetenzen auf behördliche Eilkompetenzen werden strikt abgelehnt.

2. Striktes Verbot von aktiven Datenmanipulationen („False-Flag-Aktionen“)

Der Entwurf geht inakzeptabel weit, indem er Geheimdiensten operative Befugnisse einräumt, die bis zur aktiven Veränderung von Daten auf IT-Systemen von Verdächtigen reichen.

- Es muss ein absolutes Verbot für das Verändern von Daten, das Einschleusen von fingierten Beweismitteln oder das Durchführen von sogenannten „False-Flag-Aktionen“ auf den Rechnern oder IT-Systemen von Bürgerinnen und Bürgern im Gesetz verankert werden.
- Staatliche Behörden dürfen nicht ermächtigt werden, Straftaten oder verfassungsfeindliche Aktivitäten digital zu simulieren oder Dritten unterzuschieben. Dies zerstört jede rechtsstaatliche Beweisführung und öffnet dem behördlichen Missbrauch Tür und Tor.

3. Abwehr von Kontaktschuld und „Sippenhaft“ nach dem Vorbild verfehlter EU-Sanktionsregime

Die aktuelle Praxis bei den EU-Individualsanktionen – wie sie exemplarisch an den Fällen der Publizisten Jacques Baud und Hüseyin Doğru sowie deren privatem und beruflichem Umfeld zu beobachten ist – zeigt drastisch, wie schnell der Rechtsstaat durch den Wegfall gerichtlicher Vorabprüfungen erodiert. Dort führen bloße Verdachtsmomente ohne Anklage oder Urteil zu existenzvernichtenden Maßnahmen („Debanking“, Reisesperren), die im Nachgang auch unbeteiligte Kontaktpersonen im Sinne einer faktischen „Sippenhaft“ treffen.

- Das neue Gesetz muss unmissverständlich definieren, wo legitime Ermittlung beginnt und wo willkürliche „Komplizenschaft“ endet.
- Das bloße Auftauchen in einer Telefonliste oder das flüchtige digitale Umfeld eines Verdächtigen darf niemals als hinreichender Grund für Grundrechtseingriffe, Überwachungsmaßnahmen oder finanzielle Repressalien ausreichen. Die Unschuldsvermutung gilt unteilbar.

Begründung:

Sicherheit im demokratischen Rechtsstaat existiert nicht gegen, sondern nur durch die Bürgerrechte. Wenn wir Methoden zulassen, die der Sphäre von Polizeistaaten entlehnt sind – wie das heimliche Platzieren falscher Fährten auf Computern oder die stigmatisierende Erfassung ganzer sozialer Umfelder –, untergraben wir das Vertrauen in die Demokratie tiefer, als es ausländische Akteure je könnten. Die SPD-Bundestagsfraktion steht in der historischen Pflicht, hier unüberwindbare rote Linien zu ziehen.

AUS DEN DISTRIKTEN UND ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

DISTRIKT TENNENLOHE

Vorsitzender

Felix Schmeißer
f3l1x.schmeisser@gmail.com

Protokoll Distriktssitzung Tennenlohe vom 14.10.2026

TOP 1: Berichte
Gerd berichtet kurz von der DGB-Kundgebung und vom AK Wirtschaftspolitik. Bei ersterem gab es keine spannenden Vorkommnisse. Der Arbeitskreis liest gerade zusammen das Buch Kapital und Krise.

TOP 2: Haushaltskürzungen
Wir gehen auf die vor der Sitzung veröffentlichte Kürzungsliste der Schwarz-Grünen Stadtspitze ein. Felix stellt dazu einige Kürzungsposten vor. Unserer Meinung nach ist es bemerkenswert, dass große Teile der Einsparungen im sozialen Bereich stattfinden sollen und auf dem Rücken von Kindern ausgetragen wird.
Der Dringlichkeitsantrag der ÖDP, um zu prüfen ob Gelder vom Zweckverband zurückgeholt bzw. -gehalten werden können, sorgt für Gelächter in unserer Runde.
Ebenfalls bemerkenswert finden wir, dass Teile der Wahlkampfversprechen von Herrn Volleth sich nun in Luft auflösen, mit der Begründung, dass ihm keine andere Wahl bleibe.

TOP 3: CDU und AfD in Sachsen-Anhalt
Trotz der Tatsache, dass ein AfD Landtagspräsident zu erwarten war, schlug dessen Wahl hohe Wellen. Hans Thomas Tillschneider bekam vier Stimmen mehr als BSW und AfD Sitze haben. Jedem ist dabei trotz geheimer Wahl klar, aus welcher Fraktion diese Stimmen gekommen sein dürften. Der Vizepräsident der SPD fiel dabei bei der Wahl durch.
Wir sind uns bei diesem Thema weitgehend einig, die von der CDU herbeischwadronierte False-Flag Operation ist falsch und dient lediglich als Ablenkung von ihrer eigenen Zerstrittenheit. Sogar ein Herr Söder erkennt, dass die Union die Schuld dabei trägt.
Enttäuschend ist für uns die Konsequenzlosigkeit der Wahl. Die Merzsche Ankündigung alle Kollaborateure mit der AfD aus der Partei schmeißen zu wollen war nur heiße Luft und das Ergebnis des Koalitionsgipfels lautete: Weiter so!

Felix Schmeißer

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir laden herzlich ein zu unserer Distriktssitzung am

Mittwoch, 18.11.2026, 19:30 Uhr Gaststätte „Zum Schloss“, Schlossgasse 7

Die vorläufige Tagesordnung ist:
1. Allgemeines und Berichte
2. AfD Datenleak
3. Ergebnisse der Midterms
4. Wahljahr 2026
5. Verschiedenes

Für den Vorstand
Felix Schmeißer

Weitere Termine:
- Gansessen am 22.11. 12:00 Uhr im Gasthaus Zum Schloss

DISTRIKT ELTERSDORF

Vorsitzender

Christian Stiegler
eltersdorf@spd-erlangen.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir laden herzlich ein zu unserer Distriktssitzung am

Dienstag, 24.11.2026, 20:00 Uhr, Sportgaststätte „Bei Lambi“, Langenaustr. 17

Die vorläufige Tagesordnung ist:
1. Haushaltsdebatte im Stadtrat (Gespräch mit Munib Agha)
2. Bericht aus dem Ortsbeirat
3. Verschiedenes

Christian Stiegler

DISTRIKT OST

Vorsitzender

Felix Klingert
felix.klingert@gmail.com

Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit möchten wir Euch zu unserer Distriktssitzung einladen am

Mittwoch, 18.11.2026, um 19:00 Uhr im Brückenpaulus (Pizzeria Romano, Schronfeld 74).

In unserer November-Sitzung möchten wir turnusmäßig zur Jahreshauptversammlung einladen.
Stand jetzt setzten die Mitglieder des Vorstands (mit einer Ausnahme), die Stadtteilbeiräte und weiteren Verantwortlichen ihre Arbeit fort.
An dieser Stelle vielen Dank an alle die sich so aktiv für unseren Distrikt engagieren! Sei es mit einem Amt, im Wahlkampf oder beim Verteilen von Informationsmaterial in Briefkästen :-)
Einen Wechsel im Vorstand möchten wir hier bereits ankündigen:
Simon Batteson-Morris wird den Staffelstab als langjähriger 2. Stellvertretender Vorsitzender an Dieter Kielhorn weitergeben.
Vielen Dank für Deine Arbeit in den letzten Jahren, insbesondere auch als Kassenwart, Simon!

Wenn ihr Anregungen, Ideen, Kritik und/oder Lob habt, dann meldet euch gerne auch schon im Vorfeld der JHV. Wie immer soll der Vorstand entlastet werden und die verschiedenen Ämter neu gewählt werden. Auch inhaltliche oder organisatorische Änderungsvorschläge können eingebracht werden.
In der Sitzung werden wir uns darüber hinaus mit aktuellen politischen Themen befassen. Wir freuen uns auf euch!

Bitte meldet euch bei Fragen oder anderweitigen Anliegen per Mail: felix.klingert@gmail.com.

Solidarische Grüße,
Sandra, Simon und Felix.

DISTRIKT WEST

Vorsitzende

Katrin Hurle
katrin9290@googlemail.com

Felizitas Traub-Eichhorn
Felizitas.Traub-Eichhorn@fen-net.de

Bericht über die Distriktsitzung am 23.09.2026 im Gasthof Güthlein

Der finanzpolitische Sprecher unserer Stadtratsfraktion, Munib Agha, informiert uns über die neuesten Entwicklungen zum städtischen Haushalt und kündigt die zu erwartende Kürzungsliste an, die am nächsten Tag von der Verwaltung vorgelegt werden soll. Sie ist angeblich nötig, da die Regierung von Mittelfranken trotz schon erfolgter Sparmaßnahmen auf weiteren drastischen Einsparungen besteht. Die Stadtspitze hat sich bisher nicht erfolgreich bemüht, die Regierung von dem nicht nachvollziehbar rigiden Kurs abzubringen. Die Misere beruht auch darauf, dass die Regierung bei den extrem hohen Gewerbesteuer-Rückzahlungen im Jahr 2024 bei zuvor ausgeglichenem Haushalt eine Umschichtung von Kassenkrediten in Investitionskredite verhinderte. Jetzt droht der Stadt ein Kahlschlag vor allem in den Bereichen Kultur, Jugend und Soziales. Die SPD-Fraktion wird dies nicht hinnehmen und mit eigenen Vorschlägen dagegenhalten. Die Schieflage mache klar, wie unabdingbar eine Reform der Gewerbesteuer sei, die endlich auf Bundesebene angegangen werden müsse.

Gisela Niclas berichtet aus dem Forum zum STEK (Stadtentwicklungskonzept) Büchenbach.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Unsere nächste Distriktsitzung findet statt am

Mittwoch, den 18.11.2026 um 20:00 Uhr im Gasthof Güthlein (Dorfstraße 14).

Dieses Mal wird Dr. Andreas Richter, Sprecher der SPD-Stadtratsfraktion für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Verkehr, zur Verkehrspolitik berichten.

Solidarische Grüße,
Katrin Hurle

DISTRIKT INNENSTADT

Vorsitzender

Clemens Heydenreich
clemens.heydenreich@web.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir laden herzlich ein zu unserer Distriktssitzung am

Mittwoch, 18.11.2026, 20:00 Uhr in der „Thalermühle“ (Thalermühle 1, 91054 Erlangen).

Weil wir dieses Datum beim letzten Mal beschlossen haben, die „Kulisse“ aber keinen Raum frei hat, probieren wir erneut einen alternativen Ort aus. Was zu besprechen sein wird: zum einen der Stadtteilbeirat – seine Auftaktthemen und -aktionen seit Oktober und seine kommende Sitzung am 2.12., für deren Tagesordnung wir noch Akzente einbringen können. Themenvorschläge willkommen! Zum anderen wird uns auch die Einsparungsliste der Stadtverwaltung, die derzeit den Stadtrat und unsere Fraktion umtreibt, samt ihren möglichen Auswirkungen auf die Innenstadt weiter beschäftigen. Und weniger spannend, aber dringlich ist es schlussendlich, unsere Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen vorzubereiten, die turnusgemäß im Dezember stattfinden muss.

Wir freuen uns auf euch!

Mit solidarischen Grüßen,
Clemens & Sana

JUSOS

Vorsitzende

Sophié Eidt
Fabian Foith

info@jusos-erlangen.de

Liebe Jusos,

Wir treffen uns diesen Monat am 10.11.26 um 19.30 Uhr um gemeinsam über das Thema Katastrophenschutz zu sprechen. Hierfür haben wir einen Referenten zu uns ins ABH eingeladen.

Das zweite Treffen finden am 24.11.26 statt. Das konkrete Thema erfahrt ihr wie immer über unsere WhatsApp Gruppe oder über Instagram.

Wir freuen uns auf euch.
Euer Vorstand.

AG 60+

Vorsitzende

Monika Fath-Kelling
Telefon: 09131 897065
kellingmo@nefkom.net

Protokoll AG 60+ vom 14.10.2026 15-17 Uhr in der Thalermühle

Unsere Oktober-Sitzung am 14.10. bestand zu einem großen Teil im Bericht über die Bundesversammlung von 60+ am 6. - 8. Oktober in Berlin. Monika war als Delegierte vor Ort, und aus ihren Berichten ergaben sich Diskussionen über Digitale Teilhabe, KI als „Fluch“ oder „Segen“ gerade für die Älteren, was gute Quartiersarbeit mit digitaler Teilhabe und KI zu tun hat, denn da gibt es eine große Gemengelage, die aber auf Grund der zu erwartenden Sozialkürzungen auf „tönernen Füssen“ steht, egal was die 60+ tönen und egal, wie die Wähler mit den Füssen abstimmen... Da sind knappe 2 Stunden Sitzungszeit im Nu vorbei. Auch die Rentenreformen und der Diskussionsstand in der AG60+ Bund war ein Thema. Monika konnte ihr Anliegen, die komplette Erstattung der versicherungsfremden Leistungen aus Steuermitteln, an prominenter Stelle (Diskussionsbeitrag bei der Schalte mit Annika Klose, unserer SPD-Frau in der Rentenkommission, und deren ausführlicher Antwort -in unserem Sinne- darauf) unterbringen. Ergebnisse der Wahlen: Lothar Binding ist wiedergewählt als Vorsitzender der AG60+Bund. Ebenso wie Genosse Österle als Beisitzer für Bayern. Neu in der Riege der Beisitzer ist ein besonders interessanter Wirtschafts- und Rüstungsexperte aus Bremen, Arno Gottschalk, ich kann jedem nur seinen substack „Arno Gottschalk“ empfehlen, der sich mit wirtschaftlichen Fragen auseinandersetzen möchte.

Unsere nächste Sitzung ist am 11.11., nicht um 11Uhr 11, sondern wie immer um 15 Uhr in der Thalermühle.

Protokoll:
Monika

SPD MARLOFFSTEIN

Vorsitzender

Ralf Jähnert
ralf.jaehnert@onlinehome.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

am Freitag, den 25. September 2026 veranstalteten wir unser „Sommer-Abschluss-Grillen“ im Marloffsteiner Schlossgarten. Der Zuspruch aus der Bevölkerung war höher als erwartet, so dass wir nach knapp drei Stunden auf eine gelungene Veranstaltung zurückblicken konnten.

Das regelmäßige Treffen unserer Gruppe fand am Donnerstag, den 22. Oktober 2026 statt. Unser Gemeinderatsmitglied Martin berichtete eingangs über die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung am 29.10.2026. Zu behandeln sind u.a. geplante Asphaltierungsarbeiten auf vielen unserer Gemeindestraßen (was wir sehr begrüßen). Zunächst soll ein Ingenieurbüro mit einer Kostenschätzung beauftragt werden.

Darüber hinaus werden zwei Fraktionsanträge zur Verbesserung der Situation des Kinderspielplatzes im Schlossgraben behandelt: zum einen unser SPD-Antrag zur Installation von zwei Wipptieren und der Installation eines (längst überfälligen) Sonnensegels, zum anderen ein Antrag der CSU-Fraktion zur Installation einer sog. Turbo-Hangelstrecke für Kinder ab 5 Jahren. Die Sitzungsvorlage sieht vor, dass für letzteres Vorhaben die Verwaltung zunächst Kontakt zur Herstellerfirma aufnehmen soll.

Des Weiteren hat sich der Gemeinderat mit dem Antrag auf Verlängerung der Baugenehmigung für das Marloffsteiner Schloss zu befassen. Im Rahmen unserer Diskussion fiel uns auf, dass sich der Antrag nur auf die Sanierung des Schlosstorsos bezieht, baugenehmigt wurden vor vier Jahren zusätzliche Bauten auf der Nordseite des Schlosses und eine Tiefgarage. Unsere Gemeinderäte werden die Unstimmigkeit in der Sitzung hinterfragen.

Unsere nächste Zusammenkunft findet am Donnerstag, den 19. November 2026 um 18.00 Uhr im Marloffsteiner Rathaus statt. Wir laden Euch hierzu sehr herzlich ein. Für Interessierte weisen wir abschließend auf die Bürgerversammlung hin, die am Mittwoch, den 25.11.2026 um 19.00 Uhr in der Marloffsteiner Schule abgehalten wird.

Solidarische Grüße,
Ralf Jähnert

AK WIRTSCHAFTSPOLITIK

Vorsitzender

Munib Agha
munib_agha@hotmail.com

Liebe Genoss:innen,

der Wipo-AK trifft sich wieder am

- 17. November
- 1. Dezember

im August-Bebel-Haus um 19:30 Uhr. Wir lesen Isabella Webers „Antifaschistische Wirtschaftspolitik“ und wollen auch darüber Reden wie wir die erarbeiteten Inhalte in die Breite inner- und außerhalb der Partei kommunizieren können.

Freundschaft!
Munib

Absender:
SPD-KV Erlangen
Friedrich-List-Str. 5 - 91054 Erlangen

Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.

ETIKETT
FÜR EMPFÄNGER*IN

GEMEINSAME PUTZAKTION IM GERBEREITUNNEL

VON LISA KAUFMANN

Am 24. Oktober haben wir beim Gerbereitunnel kräftig mit angepackt. Gemeinsam mit dem Stadtteilbeirat Innenstadt und vielen helfenden Händen haben wir ein starkes Zeichen für unseren Stadtteil gesetzt. Hier wurde gezeigt, dass Bürgerengagement funktioniert. Danke an alle, die mitgemacht haben – so einfach kann Stadtgestaltung sein!

Impressionen von der Putzaktion des Stadtteilbeirats Innenstadt.
Fotos: Privat